

schafften, sogar Schülern, hauptsächlich Mohammedaner, aber auch Christen. Die Gesamtzahl kann auf viele Tausende geschätzt werden. An der Spitze der meisten Gruppen befindet sich ein junger Geistlicher, fortwährend leuchtend und die Bevölkerung antreibend. Viele Demonstranten tragen Kopfbedeckungen oder Tücher mit den Wörtern: Der Sultan liebt viele Jahre! Hoch die Freiheit! Hoch die monarchie! usw. In der Menge befinden sich auch viele südländische Frauen. In Südböhmen angekommen, zeigen die Demonstranten bis vor das große Tor, wo es zu unerlaubten Kundgebungen für den Sultan kam. Generale überbrachten dann den Demonstranten den Befehl der Bekämpfung des Sultans und forderten die Menge auf, in Gruppen abzumarschieren, um den anderen Demonstranten Platz zu machen. Der Aufsiedlung wurde ohne Widerrede Folge geleistet.

Konstantinopel, 27. Juli. Während sich heute früh der Verfehr in Pera und Galata ruhig abwickelte, war ganz Istanbul in großer Bewegung. Es wurden Versammlungen abgehalten, Umzüge veranstaltet und Deputationen zur Porte geschickt. Die Publikation der allgemeinen Amnestie und die Entfernung des Marineministers haben zwar etwas beruhigend gewirkt, doch scheint man jetzt die Entfernung des Bildstomatarii zu verlangen.

Konstantinopel, 27. Juli. Heute abend ist ein Treffen wegen der sofortigen Wahl in Konstantinopel und Umgebung veröffentlicht worden, was etwas zu beruhigen scheint. Die Stambuler Straßen, besonders vor der Porte, sind von Tausenden von Menschen überfüllt, die den am Abend von der Porte zurückkehrenden Großwirte mit würdevollen Zusätzen begrüßen. Die politischen Strömungen sind noch nicht freigelassen, weil die anderen Hälfte wünschen, gleichfalls freigelassen zu werden. Gegen die gemäßigten Zeitungen werden Rundgebungen veranstaltet.

Konstantinopel, 27. Juli. Die vom Sultan erlassene Amnestie wurde überall nur als für die Jungfräulichkeit gütig erklärt und ausgestellt. Wegen der übrigen politischen Gefangenengen, Verbannungen und Flüchtlingen herrscht Ungewissheit. Aus Saloniki und anderen mazedonischen Städten wird gemeldet, daß die öffentliche Sicherheit ganzest nicht beruhigt ist.

Drohungen.

Sofia, 27. Juli. Der Revolutionärshaus der armenischen Revolution und Aktion verbreitete eine Erklärung, wonin Bürgerschaften für die Durchsetzung des neuen Regimes in Konstantinopel verlangt werden. Andernfalls würden die vereinigten Revolutionsparteien den Kampf mit aller Kraft wieder aufnehmen. Einige hier lebende Macedonier bereiten sich vor, ihre Kandidaten für das türkische Parlament aufzustellen.

Konstantinopel, 27. Juli. Die Zeitung Sabah erklärt, jetzt müssten die Mäkte ihre Reformen aufgeben, denn die Verfassung ihrer Reformen für das ganze Reich zu.

Trinkspruchstimmung.

Präsident Hallidays ist auf seiner Russenreise am Montag in Moskau eingetroffen. Die russischen Hinterleute feierten das Ereignis, indem sie an diesem Tage in Odessa acht „Terroristen“ dem Galgen überantworteten. Wenn man an diese Greuel denkt, die im Fleische des Blutzonen zu dem Alljährlichen gehörten, wird man zu einer rechten Würdigung der Trinksprache kommen, die am Montag in Moskau genehmigt wurden.

Ein Telegramm des W. L. B. meldet:

Rewal, 27. Juli. Bei der Abendgalatasse an Bord der Kaiserjacht standort brachte Kaiser Nikolaus einen Trinkspruch aus, worin er dem Präsidenten für seinen Besuch dankte, der von ganz Russland als ein neues Zeugnis für die aufrichtige, unveränderliche Freundschaft angesehen werde, die Russland und Frankreich verbindet. Der Aufenthalt des Präsidenten werde bewirken, dieses Land und Frankreich noch enger zusammenzufügen und den festen Willen der beiden Länder, bei Erhaltung und Festigung des Weltfriedens auf weiterhin, neuerdings ins Auge zu rücken. Der Kaiser dankt auf die Gesundheit des Präsidenten, auf den Nahen und das Gebiet Frankreichs.

Präsident Hallidays antwortete, er sei glücklich, hier mit Kaiser Nikolaus die Gefühle beständigster, treuer Freundschaft zu kräftigen, die die beiden Völker vereinigen. Der für die Wahrung gemeinsamer Interessen so glücklich geschlossene Bund empfange die Weihe der Zeit; er sei in Europa die Bürgschaft des Friedens und verhindert, zum größten Wohlstand und Frieden Russlands und Frankreichs. Auch er sei überzeugt, daß der Besuch den festen Frieden willigen werde, der beiden Völker bestätigen werde. Er dankt auf das Wohl des Kaisers, der Kaiserin, der kaiserlichen Familie, auf die Größe und das Glück Russlands, des Freunds und Bundesgenossen Frankreichs.

Ob man bei diesen schönen Worten an überladener Tafel wohl der Zodesqualen derer gedacht hat, die Russlands „Größe und Glück“ den königlichen erhabungslosen Hintersinne und Blutbunde überlieferte? Die „Gefühle beständigster und treuer Freundschaft“, die Frankreichs Präsident dem Hinterleute der russischen Freiheit aussprach, schänden eine Nation, die einst für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihr Blut hingeblutet. Ein solches Denkmal der Schande ist unauslöschlich!

Deutsches Reich.

Luftpatrioten.

Wie bereits vor einiger Zeit berichtet, war die Gründung eines deutschen Luftroutevereins geplant, der sich in erster Linie die Sorge angelegen sein lassen will, daß in Deutschland leistungsfähige Luftfahrzeuge in hinreichender Anzahl und Größe gebaut werden. Die Gründung des Vereins, mit dem Sitz in Mannheim, ist nun erfolgt, und wir lassen nachstehend einen Auszug der Satzungen des Vereins folgen:

Der Verein hat den Zweck, Mittel zu beschaffen für die Versorgung von leistungsfähigen Luftfahrzeugen, welche vorerst in Deutschland gebaut werden sollen. Er will weiter das Verständnis und das Interesse des deutschen Volkes für die Bedeutung und die Aufgaben der zu befahrenden und weiter auszudehnenden Luftroute werden, fördern und pflegen.

Der Deutsche Luftroute-Verein erhält die Aufgabe der Deutschen Luftflotte darum, die Ehre und Wehrmacht des Deutschen Reichs zu wahren, insbesondere soll sie auch die überlieferten Rechte Deutschlands und die Ehre und Wehrmacht seiner im Ausland tätigen Bürger gewährleisten.

Der Deutsche Luftroute-Verein wird es als seine Hauptaufgabe betrachten, nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß leistungsfähige Luftfahrzeuge in hinreichender Anzahl und Größe gebaut werden, um ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden. Er will andagegebenfalls mit allen dazu verhandelnden nationalen Mitteln aus einer der Weise, Deutschlands entsprechenden Zahl und Vollwertigkeit zu erhalten.

Mitglieder des Vereins können alle deutschen Heimatangehörigen werden, die sich zu Kaiser und Kaiserin stellen, sich im Bezirk der bürgerlichen Ehrenzeiten befinden und volkstümig und

bürgerschaftlich sind. Der Mindestsatzbeitrag ist auf 2 M. festgesetzt. Dem Verein ist es gestattet, an allen ihm beliebigen Orten Drittgruppen zu errichten.

Die Konkurrenz für den Flottenverein ist in ihren „idealen“ Borderungen nicht weniger stolz als die Herde der Steinlinge. Man darf, ohne mit den Tariflachen in Konflikt zu kommen, behaupten, daß die Haupttriebwerke der Gründung des patriotischen Luftroute-Vereins dort zu suchen sind, wo man Lusttage und Versammlungen wittert. Solche Aussichten haben immer den Aufschwung patriotischer Hochgefühle als Folge.

Gegen die Elektrizitätssteuer.

Stuttgart, 27. Juli. Auf Einladung des Ausschusses oberhessischer Elektrizitätswerke (Richtfest) versammelten sich heute in Stuttgart die Vertreter der hauptsächlichsten bestehenden und in Gründung getretenen privaten und genossenschaftlichen Überlandzentralen, um über gemeinsame Schritte gegen die geplante Elektrizitätssteuer zu beraten. Es wurde beschlossen, sich im Anschluß stehenden Vorgehen des württembergischen Elektrizitätswerkes und des württembergischen Elektrotechnikervereins anzuschließen und Führung mit den außerwürttembergischen Interessenvertretungen zur gemeinsamen Befreiung der Steuer zu suchen. Auch wurde in Aussicht genommen, für den Fall, daß die württembergische Regierung ihre Zustimmung zu der beschäftigten Steuer geben sollte, Maßnahmen in der Interessen der Unternehmen an Regierung, Landtag und Reichstag vorzubereiten, die dortun sollen, wie schwer neben der Großindustrie auch die Kleinindustrie und Landwirtschaft durch eine Besteuerung des Elektrizitätsstromes geschädigt werden.

Zweiflummersystem für Mecklenburg.

Die Verfassungsreform in dem Osthessenlande ist noch in der Schwere, weil die Junker ihre Vorrechte nicht aufgeben wollen. Einer der mecklenburgischen Junker, der Reichstagsabgeordnete v. Treuenfels, macht nun einen Vorschlag zur Güte, der ein jungerlich ausgedacht ist. Er will, daß bei der Wahl zum künftigen Landtag die Besitzer von Güterimmobilien, die Gutspächter und die Erbpächter eigene Wahlkassen bilden sollen. Wahlberechtigt sollen nur Haushaltungsvorstände seien oder Personen, die das gewesen sind; sie müssen mindestens drei Jahre im Wahlbezirk heimatsberechtigt sein, die Wahl soll öffentlich sein. Damit ist aber die jungerliche Annahme noch nicht erschöpft, denn Herr von Treuenfels will neben dem Landtag, dem noch keinen Vorschlägen eine agrarische Mehrheit sicher wäre, auch noch eine Erste Kammer, die natürlich erst recht eine Domäne der Junker wäre. Wo solche Erste Kammer bestehen, haben sie immer noch als Schleifzeug am Wagen des Parlamentarismus gewirkt.

Der Befähigungsnachweis der guten Patrioten.

Am 28. Juni wurden die Sozialdemokraten von Wittenhausen und Straßburg niedergeschlagen. Unter dem Feldgeschreie: Sparen, sparen! zogen die Bürgerlichen in die Wahlkabine; in diesem Zeichen erfocht sie ihren Sieg. Nun sind sie seit vier Wochen unter sich. Zwei Sitzungen hat der Gemeinderat von Straßburg bereits abgehalten. Ein merkwürdiges Sparsinn hat er dabei betätigt. In der ersten Sitzung wurde einem Beamten, der nur 6600 M. Pension zu beanspruchen hatte, ein Zubehörgehalt von 12 000 M. bemischt. Außerdem wurden die Preise für eine Kirchenkonkurrenz von 15 000 M. auf 16 000 M. erhöht. Für den Anfang reicht jetzt! Doch es kommt noch besser! In der zweiten Sitzung erhielt ein Unternehmer aus „Billigsteiggründen“ 73 000 M. nachbewilligt! Und da man gerade am Ausgehen war, wurden für den Kaiserempfang am 28. August der Verwaltung 40 000 Mark zur Verfügung gestellt. Man hat's ja! In früheren Jahren genügten für diesen Zweck 4000 M., jetzt, da die Sparpost unter sich sind, müssen es 40 000 M. sein. Die Spieher Straßburgs, die am 28. Juni so leichtfertig auf den Leim gingen, sind ob der Belästigung des Sparsinns ihrer Erwähnungen völlig aus dem Häuschen geraten und planen Protestkundgebungen. Sie haben aber nur die Suppe auszulöffeln, die sie selbst sich mit Eisern ebrockten.

Ein Angriff gegen die Freiheitigkeit der Arbeiter.

Aus Elberfeld wird der Berliner Volkszeitung berichtet: 22 Fabrikanten des Siegerlandes richten an die Eisenbahndirektion Oberfeld das Schreiben, die Eisenbahnwerkstätte Siegen für einheimische Arbeiter zu verrennen. Wenn auch die Direktion keine direkte Abgrenzung antwort gab, so wurde doch den sich meldenden Arbeitern erklärt, daß „am Verfassung der N.G. Eisenbahn-Direktion“ Arbeiter der betreffenden Werke nicht eingestellt würden.

Die im Reichs-Dämmischen Gewerbeverein organisierten Arbeiter haben eine Protestversammlung abgehalten, die auch als Vertreter der Eisenbahn-Direktion Regierungskräfte Grauhau beinhaltete, der entschieden bestand, daß ein Abkommen bestehen. Ihm wurde entgegnet, daß ohne Zweifel ein billigsteigendes Ueberkommen vorhanden sei. Es liegt System in dieser Siedlung an der Freiheitigkeit. Trotzdem soll es eine enorme Arbeitslosigkeit ausgelöst werden, wenn auf der einen Seite fortwährend Arbeiter aus dem Ausland herangezogen, auf der andern Seite wird den deutschen Arbeitern das Aufsuchen von Arbeitsgelegenheiten erschwert.

Polnische Gegenwehr.

Unter der Überschrift „Polnische“ schreibt die Schle. Blg.: Eine große polnische Berufsorganisation wird für den 1. Januar 1909 geplant. Die bestehenden drei polnischen Verbände, nämlich der polnische Berufsverband in Polen, die polnische Berufsvereinigung in Sachsen und der Verband der gegenwärtigen Hilti in Beuthen O.S. sollen vereint werden. Die Organisation soll einen Vorstand, eine Kasse und einen Verbandsorgan erhalten. Die Polen erhoffen davon nicht nur für den Arbeitgeber, sondern auch für die polnische Sache im allgemeinen große Vorteile. — Eine polnische Kinderarbeitsausgabe, die Karten in der Form von Invaliditätskarten ausgibt, deren Gelde die Daten der wichtigsten national-polnischen Ereignisse enthalten, ist in Bromberg geplant worden. Die vollgeklebten Karten werden von der polnischen Bank gegen Depostientenbücher eingetauscht.

Ein Opfer des israelischen Systems.

Die Wiesleiter Volkswoche berichtet über das Schicksal eines Wirtes, der in seinem Hof einem sozialdemokratischen Verein Unterkunft gewährte, folgende interessante Tatsachen:

Es handelt sich um den Kaufmann Felix Schmidt in dem Elberfeld benachbarten Städtchen Olau. Vater und Großvater des Schmidt haben schon seit Jahrzehnten auf dem umfangreichen ihnen gehörigen Grundstück Oberdorfstr. 162 das Geschäft zur Stadt Olau betrieben, das vor sechzig zwölf Jahren in den Besitz seines jüngeren Eigentümers, des oben erwähnten Felix Schmidt, überging. Daß sich dieser Mann geneigt war, seine Konzeption zur Förderung von Völkern und Minoritäten zu missbrauchen, geht schon aus dem Umfunde her vor, daß er in den ersten zehn Jahren seines Besitzes als er seine Wirtschaft den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung stellte und daher auch von allen Seiten in Ruhe gelassen wurde, so gut wie gar keine Ordnungskräfte erhielt. Seit dem Februar 1908 nahm Schmidt in seinem Hofe die Schiedsgerichte einzulegen, obwohl er selbst abgelehnt habe. Deutlich fügte hinzu, die englische Regierung habe ihr Gedauern über diese Entscheidung ausgedrückt und in einem Schriftstück die Gründe aufzuladen. Außerdem sie nicht imstande sei, die von der russischen Regierung bei der Abteilung der englischen Botschaft angeführten Gründe zu teilen. — Der Wieder-Sarowitz, der Baudenker Panjica, soll von Bündner Sarowitz in Majedowice vor einigen Tagen ermordet worden sein. Zwischen der rumänischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein Konflikt

ausgebrochen.

Am 16. Mai 1908 mit 8 M. oder 1 Tag Haft.

Am 24. September 1908 mit 9 M. oder 3 Tagen Haft.

Am 25. September 1908 mit 10 M. oder 5 Tagen Haft.

Am 5. März 1907 mit 6 M. oder 2 Tagen Haft.

Am 24. März 1907 mit 12 M. oder 3 Tagen Haft.

Wegen Veranstaltung von öffentlichen Tanzabendeitkeiten ohne die vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung:

Am 24. Oktober 1905 mit 6 M. oder 3 Tagen Haft.

Wegen Zulassung jugendlicher Personen unter 17 Jahren zu Tanzabendeitkeiten:

Am 27. August 1906 mit 9 M. oder 3 Tagen Haft.

Am 9. August 1906 mit 12 M. oder 4 Tagen Haft.

Am 21. Dezember 1906 mit 15 M. oder 5 Tagen Haft.

Am 26. September 1907 mit 21 M. oder 7 Tagen Haft.

Am 28. September 1907 mit 30 M. oder 10 Tagen Haft.

Wegen Übertretung der Oberpräsidialverordnung vom 19. Mai 1881, die die polizeiliche Beaufsichtigung der öffentlichen Tanzabendeitkeiten:

Am 14. Mai 1906 mit 6 M. oder 2 Tagen Haft.

Aus unserer privaten Kenntnis heraus wissen wir noch, daß damit die Vergangenheit des Herrn Schmidt sogar nicht einmal erschöpft sind. Der Mann ist — merkwürdigweise in derselben Zeit — auch noch in Strafe genommen worden:

1. weil seine Hund und ohne Maulkorb auf die Straße laufen ließ;

2. weil seine Hund sich der gleichen verbotenen Handlung schuldig machten und

3. weil er ein Maß besaß, das mehr fachte, als es die polizeiliche Vorschrift zuließ.

Doch der Bürgermeister begnügte sich nicht mit den vielfachen Geldstrafen, die er über seinen mit Steuern ohnehin gefeuerten Mitbürgern verhängte, sondern, nachdem einige Fälle voll war, gründete er auf Antrag auf Konzessionsleistung gegen die sozialdemokratischen Vereinsmitglieder, der die Befreiung der Tanzabendeitkeiten durch eine Besteuerung des Elektrizitätsstromes gewährte.

Eine Erinnerung an den Hunzenzug.

Vor dem Schöffengericht in St. Louis stand der Haubdienner Sch. unter der Anklage, Quittungen gefälscht und Geld unterstellt zu haben. Der Angeklagte erklärte in der Untersuchung, er sei im Kopfe nicht richtig. Gesangsnarrator Dr. Plempel bekundete als Sachverständiger, daß Sch. geistig in derartigem Alter nicht fälschen kann. Der Angeklagte ist „Chinampfer“ gewesen. Er behauptet, der Aufenthalts in China habe ihn geistig und körperlich ruinieren. Alle seine Kameraden seien gestorben. Auf ihn habe besonders schädigend gewirkt, daß er als Gefangenerseifer im Gefängnis jedes Woche 160 Chinesen habe prügeln müssen; jeder Gefangene habe zehn bis zwanzig Hiebe bekommen. Der Angeklagte ist melancholisch und für Schmerzen fast unempfindlich. Als der Staatsanwalt drei Monate gegen ihn beantragte, meinte er: „Was soll ich die Zeit machen, ich bin ja sowieso kaputt.“ Das Gericht erkannte auf zwei Monate, wobei die Hölle durch die Untersuchungshaft verbrüht ist.

Eine Vertreterversammlung von Konsumvereinen des Nachen Bezirks, an der mehrere Landtags- und Kreisabgeordnete teilnahmen, einigte sich auf eine Resolution, morin die Konsumvereine gegen die Heranziehung zur Einheits- und Gewerbeabgabe protestieren, weil die Vereine als Wirtschaftsgemeinschaften nur an Mitglieder gewinnschwach verkaufen. Die Versammlung erinnerte vom Abgeordnetenhaus, daß es mit dem bisher empfundenen Unrecht aufzuhören.

Wittelsbachabgeordneter. In Bremen trat am Sonntag ein Mittelstandskongress zusammen, der über wichtige Angelegenheiten des gewerblichen Mittelstandes beraten soll. Veranstaltet in den Kongress vom Deutschen Centralverband für Handel und Gewerbe, dem 22. Verein angehören.

Bahnärzte und Krankenkassen. Staatssekretär v. Behrmann-Pohlweiss bat dem Vereinbunde deutscher Bahnärzte mit ihnen eine Befreiung abholen möchte, um ihre Wünsche für die Reform des Krankenversicherungsgesetzes kennenzulernen. Die Befreiung soll im Herbst stattfinden.

Wie man Südwest beglüht.

Zur Frage der Selbstverwaltung in Deutsch-Südwestafrika lesen wir in der Nummer der Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung vom 4. Juli: „Eine seltsame Stunde bringt an unser Ohr: Die Vorschläge des Herrn Dr. Stuhs über die Gestaltung unserer Selbstverwaltung sollen doch im Kolonialamt keine Gnade gefunden haben. Man will uns dagegen mit der preußischen Landgemeindeordnung beglücken, die ja auf unsere Verhältnisse wie die Faust aufs Auge paßt. Manchem, der dies vernahm, entfuhr wohl im Schreie des Stobsfeuer: „Herr Dr. v. Stuhs, bewahre uns vor Freudenheit, Heusiedlern, Rinderpest und Russland, vor allem aber vor unseren Freunden am grünen Tisch, den Scheimräten im Kolonialamt!“ Wir wollen das nicht glauben, bis wir von dem modernen, aufgeschlissenen Kaufmann (!!) Dornburg hören, daß im Neuland Südwestafrika Dornfeld herrschen soll, weil sich die Herren in Berlin im Bick nicht zu retten finden. Es könnte, wenn das Tathabe werden sollte, dazu kommen, daß die Selbstverwaltung ohne jede Beteiligung der Bevölkerung eingeführt wird.“